Preis 10 ₰

Hamburger Echo

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Erscheint täglich einmal, außer an 2. Feiertagen. **Bezugspreis:** Im voraus zahlbar: Monatlich **2,50 M.** (einschl. **56 ₰** Zustellungsgebühr), wöchentlich **60 ₰** (einschl. **13 ₰** Zustellungsgebühr). Für Abholer wöchentlich **55 ₰.** Durch die Post zu gleichen Bezugspreisen zuzüglich Bestellgeld. Redaktion: Fehlandstr. 11, I. Fernspr.: Sammel-Nr. C 5 Stephan 1701; Nachtruf C 5 Stephan 2321 u. 3503. Verantw. Redakteur: **Joh. Richter, Altona.** Buchhandlung: Fehlandstr. 11, Fernspr.: Sammel-Nr. C 5 Stephan 1701, Nachtruf C 5 Stephan 2902. Druckereikontor: Fehlandstr. 11, I. Fernspr.: Sammel-Nr. C 5 Stephan 1831, Nachtruf C 5 Stephan 3032 u. 3683.

Anzeigenpreise verstehen sich in Reichsmark; die 13gespaltene Nonpareillezeile **45 ₰. Private Familienanzeigen 30 ₰. Stellenangebote 35 ₰. Stellengesuche 25 ₰. Kleine Anzeigen** bis 9 Zeilen die Zeile **30 ₰**, 10 bis 15 Zeilen die Zeile **35 ₰. Reklamezeile 3,50 M.** Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. **Anzeigenannahme** Fehlandstraße 11, Hochpart., Fernsprecher: Sammelnummer C 5 Stephan 1831, Nachtruf C 5 Stephan 2461 **(bis 5 Uhr abends für den folgenden Tag)**, in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncenbureaus. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich.

Nummer 159 | **Dienstag, 11. Juni 1929** | **55. Jahrgang**

Räumungskonferenz in Baden-Baden?

Es ist als ziemlich sicher anzunehmen, daß die in Konsequenz des Sachverständigengutachtens notwendig gewordene politische Konferenz der Regierungsvertreter im Juli in London oder Baden-Baden stattfinden wird. Die englische Regierung beabsichtigt, nach unsern Informationen, bereits in den nächsten Tagen eine Einladung an die Regierungen nach London ergehen zu lassen.

*

Und die Ratstagung . . .

SPD. Madrid, 10. Juni. (Eigener Bericht.)

Die Eröffnung der 55. Ratstagung bot ein imposantes und feierliches Bild. Indessen stand die äußere Aufmachung im umgekehrten Verhältnis zur Bedeutung dieser ersten Sitzung.

Das Gespräch des Tages ist die Havasnote, die von Briand im Augenblick der Ankunft Stresemanns in Madrid am Sonnabendabend veranlaßt wurde und in der im Hinblick auf die Abwesenheit eines Vertreters der neuen englischen Regierung die Unmöglichkeit von Besprechungen über Probleme, die nicht zur eigentlichen Ratstagung gehören, bekundet wird. Diese offiziöse Note wurde selbst in französischen Linkskreisen als wenig freundlich und durchaus überflüssig gekennzeichnet.

*

Ein deutscher Einspruch.

SPD. Madrid, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

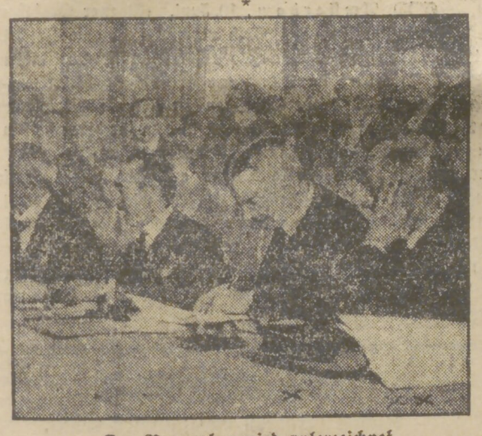
Der deutsche Außenminister verlangte in der Montagssitzung des Völkerbundsrats als dringlichen Antrag die Frage der neuen Liquidation von Eigentum in Polen auf die Tagesordnung zu setzen.

Es handelt sich um etwa 1000 ehemalige deutsche Staatsangehörige,

denen die polnischen Behörden neuerdings ganz willkürlich die polnische Staatsangehörigkeit abgesprochen haben, lediglich zu dem Zweck, ihr Eigentum zu liquidieren.

Die Polen finden den Vorstoß Deutschlands natürlich als unfreundlich und auch in französischen Delegiertenkreisen soll man über diesen unerwarteten deutschen Antrag verschnupft sein.

*



Der Youngplan wird unterzeichnet.
Reichsbankpräsident Schacht (×) und Geheimrat Kastl (××) bei der Unterzeichnung des Sachverständigenberichts.

Französischer Parteitag!

Das Rheinland muß geräumt werden.

SPD. Paris, 10. Juni (Eig. Drahtbericht.)

Die Sozialistische Parteitag in Nancy nahm am Montag ein Referat Leon Blums über die Politik der Fraktion entgegen:

Blum forderte in seinen Ausführungen nachdrücklich die sofortige Räumung des Rheinlandes nach der Regelung der Reparations- und interalliierten Schuldenfrage. Darüber dürfe, so führte der Redner aus, durchaus kein Mißverständnis zwischen den verschiedenen Sektionen der Sozialistischen Internationale, besonders der deutschen, französischen und belgischen aufkommen. Die Haltung der französischen Sozialisten in der Reparationsfrage fuße auf ihrem juristischen Prinzip, dementsprechend die Höhe der deutschen Zahlungen der Größe des angerichteten Schadens entsprechen müsse.

Die interalliierte Schuldenfrage sei durch die Uneinigkeit der Alliierten und die Politik des militaristischen und reaktionären Frankreichs noch wesentlich erschwert und verwickelt worden.

Er, Blum, habe aber die Hoffnung nicht aufgegeben, daß ein demokratisches Frankreich einmal von Amerika wesentlich bessere Bedingungen erhalte, vorausgesetzt, daß es verstände, die Führung in einer wirklichen Abrüstungspolitik zu übernehmen.

Außer den Reden Blums und Longuets, der vor allem den Sieg der Arbeiterpartei feierte, verdient eine von Renaudel eingebrachte Entschließung besonderer Erwähnung, in der energisch gegen die kürzlich in Moskau erfolgten Erschießungen, darunter eines früheren Ministers der Kerenski-Regierung, sowie gegen die Deportierung von Sozialisten Protest erhoben wird.

Gleichzeitig wird gegen das von Moskau an die streikenden Pariser Postbeamten gesandte Begrüßungstelegramm protestiert. Dieses Telegramm sei, so wird erklärt, um so unverständlicher, als die Russen gerade jetzt eine Politik der Konzession an den Kapitalismus befolgten.

Renaudel kündigte schließlich an, daß die französische Sozialistische Partei in der Woche vom 28. Juli zum 4. August große Propagandademonstrationen gegen den Krieg und für die Abrüstung veranstalten werde. Diese Zeit sei gewählt worden, da in sie der Jahrestag des Kriegsausbruches und der Ermordung Jaurès falle.

Mißerfolg der Reichsanleihe.

177,7 Millionen.

WTB. Berlin, 10. Juni. **Auf die Reichsanleihe sind bisher 177,7 Millionen Mark gezeichnet worden. Das endgültige Ergebnis wird erst in einigen Tagen mitgeteilt werden können, da noch Meldungen ausstehen. Es kann jedoch schon jetzt gesagt werden, daß der größere Teil des gezeichneten Betrages in Sperrstücken und Schuldbucheintragungen übernommen worden ist. Wie den Annahmestellen schon heute telegraphisch mitgeteilt worden ist, gelten alle gezeichneten Beträge als voll zugeteilt. Von den Zeichnern, soweit sie nicht bereits Zahlungen geleistet haben, wird daher eine schriftliche Zuteilung zur Begleichung der am 12. Juni 1929 fälligen Einzahlungsrate von 40 % nicht abzuwarten sein.**

*

Die Verlängerung des Zeichnungstermins um eine Woche hat also nicht vermocht, den Betrag von 300 Millionen, der zunächst zur Auflegung kam, hereinzubekommen. Die Besitzer der großen Vermögen und Einkommen haben, wie man hört, sich recht wenig beteiligt, die Zeichnungen stammen zum größeren Teil vom kleineren und mittleren Kapital, obwohl die Bedingungen (Steuerbefreiungen) für das große Kapital günstiger waren. Der Patriotismus der nationalen Großkapitalisten, die gar zu gern die Pariser Verhandlungen hätten scheitern sehen, aber seinerzeit bei der ersten Stockung riesige Kapitalien schleunigst ins Ausland verschoben, hat also nicht einmal so weit gereicht, dem Reiche gut verzinsliche Anleihemittel zur Verfügung zu stellen, um die akuten Finanzschwierigkeiten zu beheben. Dafür aber schreien dieselben Kräfte sofort nach einer Steuersenkung in Höhe der ermäßigten Reparationssumme zugunsten der Besitzenden . . .

Wir haben es nicht anders erwartet!

Keine voreilige Steuersenkung!

Von Wilhelm Keil, M. d. R.

Schon lange, bevor mit einem Erfolg der Pariser Reparationsverhandlungen zu rechnen war, bemühten sich eifrige Interessenten, das Fell des Bären zu verteilen. Die parlamentarischen Vertreter des Großkapitals und der Großindustrie standen dabei voran. Komme es zu einer Herabminderung der Reparationslasten, so müsse sofort die „Entlastung der Wirtschaft" eintreten, die zur Förderung der Kapitalbildung notwendig sei. Kein Pfennig von den freiwerdenden Mitteln dürfe für irgendwelche andere Zwecke verwendet werden! So hört man es seit Monaten aus dem Munde der Steuersachverständigen der Demokraten und der Volksparteiler, zum Teil auch der Deutschnationalen, so liest man es tagtäglich in ihrer Presse.

Nachdem nunmehr Paris ein positives Ergebnis gebracht hat, wird der innerpolitische Kampf um die Entlastung in aller Schärfe entbrennen. Mit der Ratifizierung des Young-Plans werden von den 2½ Milliarden, die Deutschland auf Grund des Dawesplanes im Etatjahr 1929 zu zahlen gehabt hätte, rund 500 Millionen frei, im Etatjahr 1930 verringert sich die Reparationslast um rund 800 Millionen. Ginge es nach den Wünschen der Anwälte des Großbesitzes, so würde bereits am 1. September dieses Jahres eine Senkung der Besitzsteuern um jene 500 Millionen und am 1. April 1930 um weitere 800 Millionen pro Jahr in Kraft treten.

Eine merkwürdige Sinnesart läßt diese Kreise die These aufstellen, daß die Entlastung, die einem besiegten und tributpflichtig gemachten Volke gewährt wird, nicht etwa den notleidendsten, sondern den reichsten Schichten zugute kommen müsse. Sie haben jedoch ihre Pläne schon ein wenig zurückschrauben müssen. Nach Aeußerungen, die in der letzten Finanzdebatte im Haushaltsausschuß des Reichstages fielen, wollen sie gnädigst die bis zum 1. April 1930 freiwerdenden Beträge dem Reiche belassen. Von da an aber soll die Entlastung restlos der Steuersenkung dienen. Kein Pfennig neuer Ausgaben dürfe mit Rücksicht auf die Reparationserleichterungen beschlossen werden, verkündete der Redner der Demokratischen Partei. Aehnliche Anschauungen hörte man aus dem Munde des Vertreters der Deutschen Volkspartei. Es war eine erfreuliche Erscheinung, daß die Redner fast aller übrigen Parteien dieser Auffassung entschieden widersprachen. Die Sozialdemokratie hielt mit allem Nachdruck an der Auffassung fest, die sie seit Monaten immer wieder vertreten hat, daß die erste und dringlichste Aufgabe die Sanierung der Reichsfinanzen und der Reichskasse sei.

Als eine ungeheuerliche Frivolität würde es von der erdrückenden Mehrheit des deutsches Volkes empfunden werden, wenn nach den finanzpolitischen Erfahrungen der letzten Monate und Wochen die erste Folge der außenpolitischen Entlastung nicht die Sanierung der Finanzen, sondern eine Steuermilderung für den Besitz wäre.

Die Finanzen des Reiches sind seit geraumer Zeit in bedenklicher Verfassung. Von den Finanzsachverständigen der Parteien des verflossenen Bürgerblocks ist der gegenwärtigen Regierung bezeugt worden, daß sie ein Verschulden an dieser Finanzlage nicht trifft. Aber die Finanznot besteht. Der Etat für 1928 hat, wie von der Sozialdemokrat bei seiner Verabschiedung vorausgesagt worden ist, ein Defizit von 155 Millionen gebracht. Der Etat für 1929 ist so knapp bemessen, daß er gleichfalls zu einem Defizit führen müßte, wenn er unverändert ausgeführt würde. Unter den Abstrichen, die an den Ausgaben dieses Etats vorgenommen worden sind, befinden sich zahlreiche größere Positionen, wie

Preußen ist nicht Bayern!

Nuntius und Otto Braun.

In der volksparteilichen Kölnischen Zeitung lesen wir: Wären die preußischen Konkordatsverhandlungen auf beiden Seiten und in jedem Stadium von der Erkenntnis beherrscht gewesen, daß Preußen ein paritätischer Staat mit starkem evangelischen Uebergewicht ist, und daher nur der Wille zu wahrer Toleranz ein positives Ergebnis zeitigen kann, dann hätten die Verhandlungen wahrscheinlich längst ans Ziel geführt. Der apostolische Nuntius Pacelli hat jedoch schon bei den Verhandlungen um ein Reichskonkordat und dann, offenbar geblendet durch seinen Erfolg in Bayern, auch bei den Verhandlungen mit Preußen gleich am Anfang den Bogen dermaßen überspannt, daß die deutsche Oeffentlichkeit staunen wird, wenn sie einmal Näheres darüber hört. Leider fand Pacelli für seine ursprünglich weit über das erreichbare Ziel hinausschießenden Absichten hingebungsvolle Unterstützung bei der Mehrzahl der Bischöfe und bei führenden Zentrumspolitikern, auf ernsteren Widerstand ist er innerhalb der Vertretung des deutschen Katholizismus eigentlich nur bei den Domkapiteln gestoßen, und auch hier nur in der Frage der Bischofswahlen. Die Hartnäckigkeit, mit der Pacelli lange Zeit seine Forderungen vertrat, hatte die preußische Regierung eine nicht minder große Hartnäckigkeit entgegenzusetzen. Aber

der Nuntius mußte sich bescheiden, denn Deutschland ist nicht Italien, und Preußen ist nicht Bayern.

Und wenn nun das preußische Staatsministerium glaubt, ein einigermaßen erträgliches Abkommen erzielt zu haben, dann darf es, das die überwundenen Schwierigkeiten am besten zu beurteilen vermag, sich zweifellos eines Erfolges rühmen. Dennoch kann es nicht ausbleiben, daß der Entwurf auf keiner Seite ganz befriedigen wird. Das liegt an seinem Kompromißcharakter, und es dürfte schon deshalb notwendig sein, bei der sachlichen Prüfung des Inhalts auch gegeneinander abzuwägen, was Staat und Kirche erreichen wollten, und was sie tatsächlich erreicht haben. Erst dann wird es möglich sein, sine ira et studio zu entscheiden, ob im ganzen der Gewinn des Staates doch so groß ist, daß um des konfessionellen Friedens willen dem Parlament die Annahme der Vorlage empfohlen werden darf.

Konkordat und Preußenkoalition

Die Wirtschaftspartei des preußischen Landtages hat dem Ministerpräsidenten geschrieben, sie habe keine Bedenken gegen das Konkordat, „nachdem der Ministerpräsident erklärt habe, sofort nach Verabschiedung des Gesetzes über den Staatsvertrag mit der katholischen Kirche in Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen einzutreten, um nach dem Grundsatz der Parität eine etwaige Vorzugsstellung der katholischen Kirche auszugleichen.

Die Deutschnationalen stellen Zustimmung in Aussicht unter der Voraussetzung des gleichzeitigen Abschlusses eines Vertrages mit den evangelischen Kirchen.

Die Volkspartei erklärt „schwerste Bedenken"; jedenfalls halte die Fraktion an den am 25. November 1928 vom Zentralvorstand der Partei beschlossenen Grundsätzen fest und bestehe darauf, daß vor dem Inkrafttreten neuer Vereinbarungen zwischen Staat und Curie die Gewährung sinnentsprechender Rechte an die evangelischen Landeskirchen Preußens sichergestellt ist.

Der SPD. berichtet: Der preußische Ministerpräsident empfing am Montag den Vorsitzenden der Landtagsfraktion der Volkspartei zu einer Besprechung über eine eventuelle

Umbildung des preußischen Kabinetts.

Braun wiederholte seinen früheren Vorschlag, die preußische Regierung in der Weise zu erweitern, daß die Deutsche Volkspartei das Handelsministerium besetzt und der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius dem preußischen Kabinett als Minister ohne Portefeuille beitritt.

Die Fraktion der Volkspartei, die sich nachmittags mit dem Vorschlag des Ministerpräsidenten befaßte, beharrt auf ihrem bisherigen Standpunkt, das heißt auf der

Besetzung von zwei Ministerien.

Der Vorschlag des Ministerpräsidenten wurde damit indirekt abgelehnt.

Demgegenüber ist zu betonen, daß die Sozialdemokratische Fraktion nicht die Absicht hat, der Volkspartei zwei Ministerien zuzubilligen.

Das führende Zentrumsorgan, die Germania, bemerkt dazu: „Die Verhandlungen können mit dieser ersten negativ verlaufenen Fühlungnahme nicht als abgeschlossen betrachtet werden."

Für neu hinzutretende Bezieher werden die bereits erschienenen Kapitel dieses Romans auf Wunsch kostenlos nachgeliefert.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf.

Westfront.

Kriegsroman von 1918.

Von Ernst Johannsen.

[24]

Da ist der Teich, dort hat man gespielt, da die Eiche, unter der man zum erstenmal ein Mädel geküßt hat. Was ist das? — Ein ungeheuerlicher Schmerz durchbohrt ihn. Aus seinem Munde gellt ein Schrei. Wie furchtbar kann ein Mensch schreien. Geheul, Gewinsel. Kurz vor dem Ende verrinnen die Schmerzen. Wird es Nacht, schwebt man? So stirbt Müller.

Job nimmt den Toten im Unterstand ihre Sachen ab, der Student verpackt sie getrennt in Sandsäcke.

„Ob er durchgekommen ist?" fragt er.

„Glaube ich nicht," antwortet Job. „Und wenn, was dann? Macht Krach, kommt nach der Strafkompanie. Hast schon so was gesehen? Arbeiten im Feuerbereich unter Bewachung, weniger Fraß, weniger Entlausung, bunt zusammengesetzte Kleidung; wenn sie umziehen, schleppen sie den Wagen mit ihren sieben Sachen selbst. So 'ne Art Zuchthäusler."

„Vom Standpunkt der Kriegsleitung muß es so sein."

„Gibt viele Standpunkte," antwortet Job giftig. „Wer 1914 Hurra geschrien hat und jetzt kneifen will, gehört dahin, aber die andern, die 1914 nicht Hurra gebrüllt haben, was ist damit, wie? Hast Du denn nichts mehr zu schmöken, der Gestank ist zum Kotzen."

Der Student holt zerknitterte Zigaretten aus der Hosentasche. Job stopft sie in die Pfeife.

„Wie lange die Schweine uns wohl noch beaasen wollen," meint er.

„Mich wundert, daß der Ausgang noch nicht zugeschmissen ist," sagt Lornsen und nimmt ein Stück Brot entgegen, das Job bei einem der Toten findet.

„Warte nur ab, ein paar Minen und Fünfzehnzentimeter richtig drauf, immer in denselben Trichter, dann kannst man Gutenacht sagen, hält der Beton nicht aus."

*

Es ist Tag geworden und weiter rumort das Trommelfeuer mit unverminderter Stärke.

So tobte es an der Somme. Vier Tage, vier Nächte. Vier lange Tage, vier lange Nächte. So hauste es bei Verdun, so starb das Fort Douaumont. So prasselten auf dem Meere aus Breitseiten tausende Kilogramm auf ein einziges Schiff, bis es im Feuer und Qualm in die Tiefe sank. Manchmal brach der Engländer nach furchtbarem Beschuß noch mit Tanks aus Nebel und Qualm, eine deutsche Division bei Cambrai, gegen eine englische Armee . . .

Die Geschichte des ganzen Ringens wird nur bruchstückhaft geschrieben werden . . . .

Hinter den Fronten hastende Züge: Munition, Urlauber, Verpflegung, Pferde, Futter, Geschütze, Divisionen, die den Standort wechseln, Material, Kranke, Verwundete, Post . . .

Lange Kolonnen von Lastautos mit Stollenbretten, Stacheldraht, Handgranaten, Menschen . . .

Sägewerke, Lazarette, Flughäfen, Kraftwerke, Gefangenenlager, Entlausungsanstalten . . .

Ein Netz von Telegraphen- und Telephonleitungen, Funkstationen, zusammenlaufend alles bei der Obersten Heeresleitung, von der Front, von der Heimat. Und in der Heimat tausende Drehbänke, Akkorde, Tag und Nacht. Pulverfabriken, deren hohe Löhne immer wieder den Schrecken der furchtbaren Explosionen besiegen. Ratternde Werften: Serienbau von U-Booten, es fehlt an Männern; wo immer es geht, sind Frauen beschäftigt. Der „rote Zettel", der zur Front beordert als drohendes Gespenst über den Schraubstöcken. Hunger, Hunger . . . Der ganze Betrieb, die ganze wundervolle Organisation, die ungeheuren Kräfte, das Meer von Leiden, nur in den Dienst der Zerstörung, nur für den Krieg. Der Mensch ist Gott, ist Teufel und Narr.

Zehn, zwanzig Jahre später, und alles wird vergessen sein. Alles umsonst, alles umsonst, umsonst — das ist nicht auszudenken. Werden die Frauen der Welt in den Ländern mächtige Parteien gründen? Ha — die Frauen, sie werden am schnellsten vergessen. Der Mensch ist Gott, der Mensch ist Teufel und Narr.

„Ich sehe mich in einer Straße liegen mit einem Maschinengewehr," sagt langsam Job und beißt die Zähne zusammen.

„Ich räche die toten Kameraden, die den Krieg haßten. Ich sehe an den Laternenpfählen Menschen hängen: Meister aus Fabriken, Junker, Hunde unter den Offizieren, Richter, Schieber, o, es lebe die Rache, es lebe die Revolution! Wie süß muß es sein, Millionen Tote zu rächen."

„Und ich sehe einen Pfaffen zu Dir sagen: ‚Liebet eure Feinde", und er hält das Kreuz hoch," antwortet der Student.

Fletscht Job die Zähne: „Mein Maschinengewehr zerfetzt ihn."

Die Kommandostellen werden unruhig. Von den Divisionsquartieren aus macht es schon Mühe, telephonisch bis zur Brigade vorzudringen. Die Brigadestäbe wissen nichts Genaues. Eingehüllt in Dunst und Qualm, ohne jede Sichtmöglichkeit liegen die Stellungen. Melder, die wiederholt vorgeschickt werden, kehren nicht zurück. Unweit der Brigadevermittlung blinkt eine Station vor in die Ebene. Ein Unteroffizier und zwei Mann, über sich ein paar Eisenbahnschienen und ein Meter Kalkdreck, hocken in dem kleinen Raum.

Die Division fragt an, ob grüne Stellung vom Gegner bereits besetzt worden sei.

Kaum sichtbar blinkt es von vorn zurück: „Grüne Stellung nach wie vor unter schwerstem Feuer."

Ein Blinker rennt durch den Graben nach der Brigade. „Sie melden sich wieder," sagt der Unteroffizier und liest den Blinkspruch ab: „Wir erwarten jeden Augenblick unser Ende. Die S—"

Lange starrt der Unteroffizier wartend hinüber. Die vordere Blinkstation ist in Feuer und Dreck versunken. „Die S—" Sie hat zum letztenmal ein „S" geblinkt.

Eine Serie Granaten beißt sich in den Kalkboden der Brigadehöhe, eine zweite folgt, dann die dritte und vierte. Zwei Trichter nebeneinander, ein wenig qualmen sie noch, zwischen Eisenbahnschienen und Schutt armselige Teile eines Blinkgerätes, auch diese Station ist hin. Zwei Fernsprecher, der eine mit einer Kabeltrommel auf dem Rücken, stolpern, eine Leitung legend, den Abhang hinunter. Tausend Meter schnell abgespult, an die hundertfach geflickte, wild zerschossene, angeschlossen. Eilig angekurbelt: „Hallo, die Strippe geht — zurück." Zwei Minuten wieder im Unterstand und der Mann am Klappenschrank sagt leise: „Wieder hin."

So tragen sie alle ihre Last. Getrennt von der Welt da draußen, „von den andern", von der Heimat, durch Unsagbares.

Aus dem Inhalt.

Politik und allgemeiner Teil.
Räumungskonferenz in Baden-Baden?
Preußen ist nicht Bayern!
Keine voreilige Steuersenkungen!
Fragen geistiger Kultur im Reichstag.
Der Operettenputsch in Curacao.
Tagesbericht.
Gedenktag der Hamburger Waffenschmiede.
Umsteigeschikane gegen die Walddörfer.
Londoner und Hamburger Fahrpreise.
Kunst, Wissenschaft und Leben.
Der Mensch ist in Gefahr! Zwei Premieren im Altonaer Stadttheater.
Aus aller Welt:
Der schwedische Ozeanflug aufgegeben?
Arbeit und Wirtschaft:
Der Arbeitslohn als Faktor der Volkswirtschaft.